

# 1 **Arbeitsprogramm der Jusos Unterfranken 2018/2019**

2

3 Der Bezirksvorstand der Jusos Unterfranken ist ein Gremium, das sowohl politische Veranstaltungen  
4 organisiert, als auch politisch inhaltlich arbeitet.

## 5 Unsere Inhalte

### 6 **Bezirkstags- und Landtagswahlkampf**

7 In diesem Jahr werden der unterfränkische Bezirkstag und der Bayerische Landtag neu gewählt. Im  
8 Wahlkampf werden wir die Kandidierenden der SPD tatkräftig unterstützen und unsere  
9 jugendpolitischen Forderungen einbringen. Es wird eine unterfränkische **Jugendkampagne** mit den  
10 **Schwerpunktt Themen Bildung, Mobilität, Antifaschismus und Tierschutz** geben. Dafür wird der  
11 Bezirksvorstand Postkarten und anderes Werbematerial im Juso-Design zur Verfügung stellen.  
12 Außerdem wird es im September eine Unterfranken-Tour mit dem Juso-Bus durch alle zehn  
13 Stimmkreise geben. Natürlich werden sich die Jusos Unterfranken darüber hinaus auch an  
14 Wahlkampfaktionen der Jusos Bayern oder der UnterfrankenSPD beteiligen.

### 15 **Frauen in unserem Verband**

16 Wir sind ein queerfeministischer und feministischer Richtungsverband, der sich die Förderung von  
17 politisch aktiven Frauen zur Aufgabe gesetzt hat. In unserer alltäglichen politischen Arbeit werden wir  
18 unsere Strukturen aus einer (queer-)feministischen Perspektive kritisch betrachten und  
19 dementsprechend anpassen. Nur so können wir den Frauenanteil bei den Jusos Unterfranken  
20 nachhaltig erhöhen. Gemeinsam werden wir debattieren, ob es von uns beeinflusste oder  
21 beeinflussbare Umstände gibt, die insbesondere weiblich sozialisierte Menschen von uns fernhalten.

22 Wir werden weiterhin intensiv mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (**AsF**) und der  
23 Frauenkommission der Jusos Bayern zusammenarbeiten.

24 Darüber hinaus wird ein **Juso-Frauenplenum** mit kurzem **Rhetorikseminar** stattfinden.

## 25 Unsere Verbündete

26 Auch im kommenden Jahr werden wir uns aktiv in die **Kommissionen der Jusos Bayern** einbringen und  
27 so die inhaltliche Arbeit auch auf bayerischer Ebene vorantreiben. Ebenso sollen auch die anderen  
28 Juso-Bezirke zu unseren wichtigsten Partner\*innen gehören.

29 Neben den bereits im letzten Arbeitsprogramm genannten Organisationen (**AsF, AfA, AWO** und **DGB-**  
30 **Jugend**) werden wir uns auch im Bezirksjugendring mit anderen Jugendverbänden austauschen und  
31 eine Zusammenarbeit anstreben. Für unsere Arbeit **gegen Rechtsextremismus** werden wir uns in  
32 antifaschistischen Bündnissen engagieren und an der Organisation und Durchführung von  
33 Demonstrationen beteiligen.

34 Die Einführung eines **unterfränkischen Ringes politischer Jugend (RpJ)** ist unser Ziel. Dafür stehen wir  
35 bereits in konkreten und konstruktiven Verhandlungen mit den anderen Jugendparteien. Diese wollen  
36 wir fortführen. Eine mögliche Einbindung von Jugendorganisationen rechtspopulistischer und  
37 rechtsextremer Parteien gilt es hierbei aktiv zu verhindern.

## 38 Konkrete Jahresplanung

- 1 Die **Bezirksvorstandssitzungen** werden regelmäßig, etwa **alle sechs Wochen**, stattfinden. Die  
2 konstituierende Bezirksvorstandssitzung wird im Rahmen einer **eintägigen Klausurtagung** abgehalten  
3 werden.
- 4 Die Zusammenarbeit mit den Unterbezirken liegt uns besonders am Herzen. Aus diesem Grund wird  
5 der Bezirksvorstand eine regelmäßige Plattform anbieten, auf der sich die Unterbezirksvorsitzenden  
6 bzw. die Unterbezirksvorstände austauschen können. Um Fahrkosten und -zeiten zu sparen wird dies  
7 meist in Form von **Telefonkonferenzen** stattfinden.
- 8 Nach der Landtagswahl im Herbst wird ein **Thementag** stattfinden, bei dem wir uns mit einem unserer  
9 zentralen Themen dieses Jahres weiter beschäftigen werden, um so eine Grundlage für einen  
10 Leitantrag für die nächste Bezirkskonferenz zu legen.

# 1 **Leitantrag: jung. wild. jusos.**

2

---

3 Zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2018 starten die Jusos Unterfranken eine Jugendkampagne mit vier  
4 Schwerpunktthemen.

## 5 **Bildung**

6 Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern vom Kindesalter an die bestmögliche Bildung bekommen.  
7 Uns ist dabei Gerechtigkeit zentral: Niemand soll schlechter gebildet werden oder schlechtere Chancen  
8 haben, nur weil er\*sie bzw. die Eltern wenig Geld haben. Der familiäre Hintergrund und der soziale  
9 Kontext haben noch immer viel zu großen Einfluss auf die Bildungschancen von Kinder und  
10 Jugendlichen.

11 In Bayern wollen wir im Bereich Bildung nach der nächsten Landtagswahl einiges verbessern.

12 Wir fordern daher:

- 13 - kostenlose KiTa- und Krippenplätze
- 14 - die Einführung von Gesamtschulen in Bayern
- 15 - kostenloses und ausgewogenes Mittagessen in allen Schulen, Krippen und Kindertagesstätten
- 16 - kleinere Klassen und mehr nicht-fachfremde Lehrkräfte
- 17 - kostenloser Nahverkehr für alle Menschen in Bildung und Ausbildung
- 18 - mehr Sozialarbeit an Schulen
- 19 - mehr politische Bildung
- 20 - moderne und zeitgemäße Unterrichtsmittel
- 21 - die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz
- 22 - die Abschaffung des Kooperationsverbots
- 23 - die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft in Bayern
- 24 - Wohngeldförderung für Menschen in dualen Ausbildungs- und Studienstrukturen
- 25 - Hürde zum Studienzugang für Gesell\*innen senken

## 26 **Mobilität**

27 Mobilität ist ein Grundrecht und sollte allen Menschen unabhängig vom Wohnort oder der Größe des  
28 Geldbeutels zur Verfügung stehen. In unseren Augen ist Mobilität Teil der öffentlichen  
29 Daseinsvorsorge und somit ein öffentliches Gut. Der Staat hat also für seine Sicherstellung zu sorgen.

30 Insbesondere der ländliche Raum ist vielerorts seit Jahren aus Gründen der Demographie,  
31 insbesondere aber auch aus Gründen der politischen Phantasielosigkeit durch einen Abbau  
32 verschiedener Formen der Infrastruktur gekennzeichnet. Gerade hier braucht es endlich schlüssige und  
33 zukunftsfähige Mobilitätskonzepte und ein Ende der Kleinstaaterei. Öffentliche Daseinsvorsorge  
34 konzentriert sich immer stärker auf Unter- und Mittelzentren. Gesundheitsversorgung,  
35 Bildungseinrichtungen oder kulturelle Angebote können leider nicht immer wohnortnah zur Verfügung

1 stehen. Doch Mobilität macht lange Wege kurz und ist damit auch der Schlüssel zur Lösung anderer  
2 Probleme des ländlichen Raums.

3 Ein moderner ÖPNV für den ländlichen Raum muss vor allem flexibel sein. Anruf-Sammel-Taxen oder  
4 staatliche Förderungen für Mitfahrgelegenheiten könnten hier Beispiele sein. Außerdem muss die  
5 sonstige öffentliche Daseinsvorsorge intelligent an den ÖPNV angebunden sein.

6 Auch in unseren Städten ist Mobilität leider keine Selbstverständlichkeit. Nach wie vor ist das Auto das  
7 vorherrschende Verkehrsmittel. Doch viele kurze Strecken legen die Menschen per Fahrrad, mit  
8 öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zurück. Dies spiegelt sich aber leider nicht in der  
9 Verkehrsinfrastruktur wider. Seit den 1960er Jahren wird das Auto in der Planung der Stadt und der  
10 Straßenräume privilegiert. Doch Parkplätze sind vielerorts Mangelware und die Luft ist durch Feinstaub  
11 stark belastet. Wir fordern ein Umdenken in der urbanen Mobilität. Bisher wird dem Auto, als stärkster  
12 Verkehrsteilnehmer, freie Fahrt gewährt, während andere Verkehrsteilnehmer buchstäblich an den  
13 Rand gedrückt werden.

14 Wir fordern daher:

15 - eine stärkere Förderung und qualitative Evaluierung von flexibleren Mobilitätsformen, wie z.B. Anruf-  
16 Sammel-Taxen oder lokalen Sharing-Modellen

17 - eine stärkere Förderung zielgruppenspezifischer Ticketangebote

18 - eine stärkere Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde und die Einführung gemeinsamer Tickettarife

19 - die Einführung eines bayernweiten Sozialtickets für sozial Benachteiligte

20 - eine Stärkung von ökologischen und nachhaltigen ÖPNV-Konzepten

21 - kostengünstiges Grundangebot und Evaluierung von Modellen zum kostenlosen ÖPNV

22 - eine stärkere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs

23 - nachhaltige Konzepte zur Führung und zum Ausbau von Rad- und Fußwegen

24 - eine stärkere Konnektivität aller Mobilitätsformen

25 - den Ausbau und stärkere Förderung von Bike- und Carsharingkonzepten

26 - den Ausbau von Park-and-Ride-Möglichkeiten

27 - mehr verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Fußgängerzonen, Temp-30-Zonen und Bike- und  
28 Carsharingstationen

29 - den Ausbau von Umweltzonen

### 30 **Kampf gegen rechts**

31 Seit Jahren gibt es verstärkt Attacken auf Asylunterkünfte, die Übergriffe auf Geflüchtete häufen sich  
32 täglich und wieder demonstrieren Rechte. Seit einigen Jahren ziehen nun schon Demonstrationzüge  
33 unter dem Namen PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) durch  
34 einige Städte in Deutschland, demonstrieren gegen eine angebliche Überfremdung, insbesondere  
35 durch den Islam, und verbreiten menschenverachtende Parolen. Dort demonstrieren bekannte  
36 Rechtsextremist\*innen und Neonazis, die auf den Kundgebungen gegen Menschen mit  
37 Migrationshintergrund und Asylbewerber\*innen hetzen und zu Widerstand gegen „die Politik“  
38 aufrufen.

1 Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag, dass sich viele  
2 Bürger\*innen von rechtspopulistischen Parolen einfangen lassen.

3 Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Wir stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus  
4 und Neofaschismus und an die Seite von Muslim\*innen, deren Religion durch die AfD unter  
5 Generalverdacht gestellt wird, und Geflüchteten, deren Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen  
6 nicht anerkannt, sondern mit Füßen getreten wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft,  
7 die allen Menschen – unabhängig von Religion oder Herkunft – ein gutes Leben bietet.

8 Wir erwarten eine parlamentarische Isolation der AfD im Deutschen Bundestag und fordern auch für  
9 den Landtagswahlkampf in Bayern eine klare Kante gegen rechts. Wir dürfen es nicht zulassen, dass es  
10 der AfD gelingt, den politischen Diskurs noch weiter nach rechts zu verschieben. Gerade in Bayern  
11 pflegt die AfD Kontakte in die rechtsextreme Szene. Sie ist keine Partei, wie jede andere.

12 Zudem haben wir in den vergangenen Jahren eine besorgniserregende Zunahme von Rassismus und  
13 Antisemitismus beobachtet. Auf offener Straße werden Menschen wegen ihrem jüdischen Glauben  
14 beleidigt, das Existenzrecht Israels in Frage gestellt, die Verbrechen der Shoa relativiert und Synagogen  
15 beschmiert. Gleichzeitig werden Menschen allein wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft  
16 stigmatisiert, ausgegrenzt und diskriminiert. Für uns ist klar: Wir stellen uns gegen jegliche Form von  
17 Rassismus und Antisemitismus, egal ob er strukturell oder alltäglich ist. Diskriminierung in jeglicher Art  
18 ist inakzeptabel!

## 19 **Tierschutz**

20 Wir wollen, dass alle Tiere artgerecht gehalten werden. Die industrielle Abfertigung  
21 von Lebewesen ist ein würdeloses Unterfangen. Wachstumshormone, Gifte und Antibiotika, die bei  
22 Tieren massiv eingesetzt werden, wirken sich zunehmen auch auf den Menschen aus. Tierisches Leben  
23 sollte einen angemessenen Wert haben.

24 Wir fordern daher:

25 - ein Verbot von Tierversuchen für Kosmetika und anderen Chemikalien; langfristig auch für  
26 Medikamente

27 - die Förderung und Entwicklung tierversuchsfreier Alternativen

28 - keine staatliche Subvention von Tierversuchen mehr

29 - eine Abkehr von der konventionellen, hin zu einer nachhaltigen und ökologischen Tierhaltung

30 - eine höhere Besteuerung von Fleisch aus konventionellen Beständen, um Fleisch aus ökologischer  
31 Produktion mit diesen Mitteln wettbewerbsfähiger zu machen

32 - ein allgemeines Verbot von Tieren in Zirkussen

33 - Ein Verbot von Eingriffen an Tieren, wie Schnabelkürzen oder Schwanzkupieren

34 - Neuregelung des Rechtsstatus von Tieren

1 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, Juso LaKo, Juso BuKo

## 2 **Erweiterung der verpflichtenden Insolvenzversicherung**

3

---

4 Wir fordern eine Ausweitung der Insolvenzversicherung auf Flugreisen und Dienstleistungen, deren  
5 Wert einen Betrag von 75,-€ übersteigt.

6 Begründung:

7 Als Verbraucher\_in kann die Insolvenz eines Unternehmens schwerwiegende Folgen haben. Ein  
8 aktuelles Beispiel ist der Kauf einer Flugreise bei einer Airline, die wenig später Insolvenz anmeldet. In  
9 diesem Fall kann unter Umständen der Flug ersatzlos ausfallen ohne dass die Verbraucher\_innen das  
10 Geld zurückerhalten. Vor allem Verbraucher\_innen mit geringerem Einkommen sind dann besonders  
11 stark getroffen.

12 Bei Reiseanbietern hat daher der Gesetzgeber (vgl. §651k BGB) Unternehmen dazu verpflichtet  
13 entweder über Versicherungen oder Bürgschaften sicherzustellen, dass im Falle einer Insolvenz die  
14 Kund\_innen das Geld zurückerhalten. Diese Verpflichtung hat dabei solche Reisen nicht unbezahlbar  
15 gemacht. Daher gehen wir davon aus, dass sich die Kostensteigerungen bei Flugreisen und anderen  
16 Dienstleistungen trotzdem im bezahlbaren Rahmen bleiben werden.

17 Wir sehen diese Verpflichtung als Vorbild für weitere Branchen an, vor allem im Bereich der  
18 Dienstleistungen. Daher fordern wir die Ausweitung der Insolvenzversicherung auf genannte Bereiche.

1 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz

## 2 **Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen** 3 **zur Landtagswahl 2018 in Bayern**

4

---

5 Bildung ist eines der wichtigsten Dinge im Leben jedes Menschen. Sie wird oft unterschätzt. Wissen  
6 ist Macht und wir wollen, dass von dieser Macht alle etwas abbekommen. Gemeinsame Erfahrungen,  
7 wie gemeinsam zur Schule zu gehen, schweißt die Gesellschaft zusammen. Egal ob Lesen,  
8 miteinander umgehen, andere Sprachen oder höhere Mathematik – alles kann man lernen. Wir  
9 müssen uns fragen, welches Wissen alle Menschen in Bayern haben sollen und wen wir wie fördern  
10 wollen.

11

12 Gute Bildung kostet. Der Freistaat Bayern muss deutlich mehr Geld in Bildung für alle investieren.

13

14 In Bayern wollen wir im Bereich Bildung nach der nächsten Landtagswahl einiges verbessern.

15 Das ist Folgendes:

16

### 17 **1. Kostenlose KiTa- und Krippenplätze**

18 Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern vom Kindesalter an die bestmögliche Bildung bekommen.

19 Uns ist dabei Gerechtigkeit zentral: Niemand soll schlechter gebildet werden oder schlechtere

20 Chancen haben, nur weil er\*sie bzw. die Eltern wenig Geld haben. Derzeit haben Kinder aus ärmeren

21 Familien aber deutlich schlechtere Chancen, einen hohen Bildungsabschluss zu erreichen. Das wollen  
22 wir nicht länger hinnehmen.

23 Alle Kinder sollen die Chance bekommen von frühkindlicher Bildung zu profitieren. Aus diesem Grund

24 müssen Kindertagesstätten beitragsfrei sein. Dies soll vor allem einkommensschwächere Familien

25 entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wer selbst für den Lebensunterhalt

26 der Familie sorgt, verdient dafür gute Rahmenbedingungen des Staates.

27 Um die Kommunen nicht übermäßig zu belasten muss der Freistaat Bayern in vollem Umfang für die  
28 entfallenen Beiträge aufkommen.

29 Der kostenfreie Besuch der Kitas würde den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten

30 unterstreichen und zusätzliche Anreize zum Besuch der Einrichtungen geben. Dadurch könnten mehr

31 Kinder zu einem frühen Zeitpunkt gefördert werden. Die finanzielle Entlastung der Eltern würde

32 soziale Hürden beseitigen und einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Für alle Kinder - ob

33 aus sozial schwachen oder gut situierten Familien oder mit Migrationshintergrund - ist ein

34 frühzeitiger Besuch einer Krippe oder Kindertagesstätte von hoher Bedeutung für die Bildung und

35 Entwicklung der sozialen Kompetenzen.

36

### 37 **2. Gesamtschulen**

38 Wir müssen allen Kindern ermöglichen, den Schulabschluss zu machen, den sie möchten. Wir wollen,

39 dass flächendeckend in Bayern Gesamtschulen eingeführt werden. Diese Schulen müssen folgende

40 Schulabschlüsse ermöglichen: qualifizierter Hauptschulabschluss, mittlere Reife und Abitur.

41 Jedes Kind mit einem Grundschulabschluss ist berechtigt, diese Schulen zu besuchen, unabhängig

42 von Noten, Glauben oder dem Geldbeutel der Eltern. Diese Schulen sollen alle Kinder in jedem

43 einzelnen Fach entsprechend ihrer Fähigkeiten fördern. Das bedeutet, dass die Kinder ab der 7.

44 Klasse in einigen Fächern nach ihren Fähigkeiten in kleineren Gruppen aufgeteilt werden. In allen

1 anderen Fächern sollen sie gemeinsam in der Klasse unterrichtet werden. In jeder Klasse sollten  
2 maximal 18 Schüler\*innen sein. Diese Schulen sollen Ganztagschulen sein.  
3 In der 5. und 6. Klasse muss eine zweite stärker sozialpädagogisch geschulte Lehrkraft im Unterricht  
4 anwesend sein. Diese ist dauerhaft für mehrere Klassen, max. aber drei, zuständig und gibt der  
5 regulären Lehrkraft bei schwierigen Fällen Unterstützung im Unterricht.  
6 In der Oberstufe muss es allen Schüler\*innen möglich sein, zwischen verschiedenen  
7 Unterrichtsfächern auszuwählen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Schüler\*innen können  
8 zwischen Fremdsprachen auswählen. Sie entscheiden selbst, ob sie beispielsweise ein paar geistes –,  
9 naturwissenschaftliche oder künstlerische Fächer oder Sprachen belegen. Es kann nicht sein, dass sie  
10 dafür die Schule wechseln müssen. Gesamtschulen müssen all diese Fächerkombinationen anbieten.  
11 Die Schüler\*innen entscheiden mit, in welchen Fächern sie Abschlussprüfungen ablegen.

12

### 13 **3. Kostenloses Mittagessen**

14 Wir fordern kostenloses Mittagessen in allen Schulen, Krippen und Kindertagesstätten. Und das  
15 jeden Tag. Dieses Essen muss allgemeinen Richtlinien zur gesunden Ernährung entsprechend.  
16 Mindestens die Hälfte des Mittagessens muss aus Gemüse bestehen. Es ist wichtig, dass Kinder in  
17 ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und dazu gehört auch eine ausreichend gesunde  
18 und nahrhafte Ernährung.

19

### 20 **4. Kleinere Klassen, mehr Lehrer\*innen**

21 Je kleiner eine Schulklasse ist, desto stärker kann ein\*e Lehrer\*in auf jede einzelne Person eingehen.  
22 Dadurch verbessert sich der Unterricht maßgeblich. Wir fordern daher, dass Bayern mehr  
23 Lehrer\*innen einstellt.

24 Das sorgt für

- 25 - Unterricht mit höherer Qualität
- 26 - Weniger arbeitssuchende Lehrer\*innen

27 Langfristig sind nicht mehr als 18 Kinder pro Klasse zu unterrichten.

28

### 29 **5. Für G9! Wir wollen 13 Schuljahre bis zum Abitur**

30

### 31 **6. Kostenlosen Nahverkehr für Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende**

32 Wir fordern kostenlose Tickets für den Nahverkehr für Schüler\*innen, Auszubildende und  
33 Studierende, sodass alle ihre Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätte erreichen können. Aus  
34 diesem Grund bekräftigen wir unseren Beschluss der außerordentlichen Landeskonferenz 2017  
35 „Bayernweites Schüler\*innen-, Auszubildenden- und Studierendenticket jetzt!“.

36 Ein landesweites ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende ist nur mit einem  
37 Teilzuschuss des Freistaates Bayern realisierbar. Anders würde der Einzelpreis ins unbezahlbare  
38 abdriften. Wir fordern deshalb eine Deckelung des Solidarbeitrags der Einzahlenden auf maximal  
39 100€. Alle Kosten des Tickets, die über den gedeckelten Solidarbeitrag hinausgehen, sind aus dem  
40 Haushalt des Freistaates zu entrichten.

41

### 42 **7. Mehr Sozialarbeit an Schulen**

43 Bayern muss an jeder Schule mindestens eine\*n Sozialarbeiter\*in in Vollzeit und unbefristet  
44 einstellen. An größeren Schulen müssen mehr Sozialarbeiter\*innen eingestellt werden. Außerdem  
45 müssen Schulen die Möglichkeit haben, besonderen Bedarf an Sozialarbeitenden melden zu können.  
46 In dem Fall muss das Land Bayern dazu verpflichtet werden können, an diesen Schulen  
47 schnellstmöglich zusätzliche Sozialarbeitende einzustellen.

48



1 **8. Mehr Politikunterricht**

2 In jeder Schule in Bayern soll es ab der 5. Klasse bis zum Abschluss mindestens eine Stunde in der  
3 Woche Politikunterricht geben.

4

5 **9. Gebäude und Ausstattung**

6 Wie leben im 21. Jahrhundert, doch das ist in vielen Schulen und Hochschulen in Bayern noch nicht  
7 ganz angekommen. Eine Schule mit zerbröckelnder Fassade und abblättrender Farbe sorgt für keine  
8 geeignete Lernatmosphäre. Jeder Bildungsort braucht moderne Arbeitsmittel, z. B. eine ausreichende  
9 Menge an modernen Computern in jeder Schule. Außerdem fordern wir, dass alle Gebäude von  
10 Schulen und Hochschulen in Bayern barrierefrei sein müssen.

11

12 **10. Medienkompetenz**

13 An bayerischen Schulen sollen die Schüler\*innen im Umgang mit analogen und digitalen Medien  
14 besser geschult werden. Dazu gehört ein kritischer Medienkonsum genauso wie der richtige Umgang  
15 mit Sozialen Medien. Vor allem digitale Medien nehmen einen immer größeren Platz im Alltag von  
16 Kindern und Jugendlichen ein. Die Stärkung der Medienkompetenz sollte deshalb Teil eines jeden  
17 Lehrplans sein und darüber hinaus auch in Fortbildungen für Lehrer\*innen thematisiert werden.

18

19 **11. Abschaffung des Kooperationsverbots**

20 Der Freistaat Bayern soll sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des  
21 Kooperationsverbots einsetzen.

22

23 **12. Verfasste Studierendenschaft**

24 Damit eine Gesellschaft demokratisch ist, müssen alle Menschen daran teilhaben und sie  
25 demokratisch mitgestalten können. Das beginnt im direkten Lebensumfeld der Menschen. Wir  
26 brauchen deshalb an Hochschulen Verfasste Studierendenschaften: Sie sorgen dafür, dass  
27 Studierende ihre Interessen selbst vertreten können.

28 Wir fordern, dass die Verfassten Studierendenschaften wieder eingeführt werden. Sie müssen  
29 Satzungsautonomie, Beitragshoheit und ein politisches Mandat haben.

1 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Bundeskonferenz, SPD- Bezirksparteitag, Landesparteitag,  
2 Bundesparteitag

### 3 **Für die freie Entscheidung auf Parteitag**

4

---

5 Forderung:

6 Wir fordern eine Abschaffung der Antragskommission auf allen Parteitagen der SPD.

7 Begründung:

8 Bei jedem Bundesparteitag kann man live im Fernsehen verfolgen, wie unsere innerparteiliche  
9 Demokratie aussieht. Anträge werden in Blöcken verabschiedet und diskutiert. Es gibt kaum einen  
10 Delegierten, der einen Überblick hat. Geredet werden kann zu Anträgen aus dem jeweiligen Block,  
11 allerdings sind die Redebeiträge dadurch so durcheinander, dass man keine Chance hat GenossInnen  
12 vor Ort zu erreichen.

13 Durch die Antragskommission wird schon ein Votum für einen Antrag mitgeliefert und in den  
14 häufigsten Fällen wird auch diesem Votum folge geleistet. Unverständlich ist für jeden Demokraten,  
15 warum man auf einem Parteitag über das Votum der Antragskommission abstimmt und nicht über den  
16 Antrag selbst? Hinzu kommt noch, dass die Antragskommission meistens mit Menschen besetzt ist, die  
17 die Meinung des Parteivorstands teilen und somit jeden Antrag, der sich in irgendeiner Form kritisch  
18 damit auseinandersetzt, ablehnt.

19 Dies empfinden wir als undemokratisch und falsch. Wir trauen jedem Delegierten des  
20 Bundesparteitags zu sich selbst ein Bild über die Anträge zu machen und nach bestem Gewissen  
21 darüber abzustimmen auch ohne eine Beeinflussung durch eine Antragskommission.

1 AdressatInnen: Juso LaKo, UB-Parteitag SW/KT, Bezirksparteitag Unterfranken, Landesparteitag  
2 Bayern

### 3 **Urwahl des/der Vorsitzenden**

4

---

5 Wir fordern, den Vorsitz der SPD durch Urwahl aller Parteimitglieder zu wählen.

6 Nach dem Rücktritt von Martin Schulz, gab es unmittelbar von eben diesem den Vorschlag, Andrea  
7 Nahles zu dessen Nachfolgerin auf einem weiteren Sonderparteitag zu „ernennen“.

8 Dabei hatte sich Ende des vergangenen Jahres ein Parteitag dazu entschieden, Martin Schulz diese  
9 Aufgabe zu übergeben. Dass dieser, dieses Votum nun nicht mehr wahrnehmen will, ist unserer  
10 Meinung nach zwar keineswegs notwendig, aber muss so akzeptiert werden. Nicht akzeptiert werden  
11 darf jedoch die Vorgehensweise, wie es zum Vorschlag, Andrea Nahles möge dieses Amt übernehmen,  
12 kam.

13 Wir befinden uns im Erneuerungsprozess der Partei und wünschen uns hierfür eine  
14 basisdemokratischere Struktur, die es allen Mitgliedern ermöglicht, den Vorsitz der Partei mit zu  
15 bestimmen und dies nicht einem elitären und exklusiven Kreis von Funktionär\_innen im Hinterzimmer  
16 zu überlassen.

1 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, Juso LaKo, Juso BuKo

## 2 **Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der** 3 **Landesebene**

4

---

5 Wir fordern eine rechtliche Neuordnung, die eine Unvereinbarkeit von Mandaten in Bundestag,  
6 Landtag und Europäischem Parlament miteinander festschreibt.

7 Begründung:

8 Doppelmandate verletzen die Teilung von Macht im Mehrebenenprinzip der Bundesrepublik  
9 Deutschland. Abgeordnete mit Doppelmandat können auf mehr Ebenen Politikfelder und  
10 Gesetzesvorhaben beeinflussen als ihre Kolleg\_innen. Somit ist eine Trennung der Interessen von  
11 Landes-, Bundes- und Europapolitik nur schwer bei Doppelmandaten denkbar.

12 Auf Ebene der Exekutive gibt es ähnliche Unvereinbarkeiten. So können Mitglieder einer  
13 Landesregierung nicht zeitgleich Mitglied einer Bundesregierung sein. Findet hier eine Trennung im  
14 Sinne unseres Mehrebenensystems statt, ist diese bei der Legislativen bisher so nicht wiederzufinden.

15 Die durchschnittliche Zeit, die ein Mandat im Bundestag in Anspruch nimmt, wird auf 60-80  
16 Std./Woche geschätzt. Für die Landtage sowie für das Europäische Parlament kann mit einem Aufwand  
17 in ähnlicher Größenordnung gerechnet werden. Eine sorgfältige Ausführung zweier Mandate ist daher  
18 rein vom Zeitbudget problematisch. Hinzu kommt, dass Sitzungen der verschiedenen Parlamente und  
19 ihrer Ausschüsse parallel zueinander stattfinden. Wie Abgeordnete mit Doppelmandat hier dem  
20 Repräsentationsanspruch ihrer Wähler\_innen gerecht werden sollen, ist uns nicht ersichtlich.

1 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, Juso LaKo, Juso BuKo

## 2 **Klare Kennzeichnung von Influencer-Werbung**

3

---

4 Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die Influencer verpflichtet Werbung und  
5 Partnerschaftsvereinbarungen mit Unternehmen klar und eindeutig zu kennzeichnen. Soziale  
6 Netzwerke müssen hierfür eine klare Hervorhebung als Werbeinhalt ermöglichen.

7 Begründung:

8 Im Alltag werden die Menschen ständig mit Werbung großer Unternehmen konfrontiert und nehmen  
9 diese meist auch bewusst als solche wahr. Immer häufiger nutzen Unternehmen aber Plattformen wie  
10 Facebook, Snapchat, Instagram oder YouTube für die Verbreitung ihrer Werbung. Auf diesen  
11 Plattformen ist nicht immer eindeutig erkennbar, ob es sich beim Gezeigten um Werbematerial oder  
12 eine unabhängige Produktdarstellung handelt.

13 Unternehmen arbeiten hierfür z.B. mit „Youtubern“, „Snapchattern“ oder Instagram-Usern  
14 zusammen, die ihren Followern in Videos oder Fotos Produkte präsentieren und je nach Vereinbarung  
15 Kaufempfehlungen aussprechen. Bei dieser sogenannten „Influencer-Werbung“ handelt es sich somit  
16 um Werbung, die von Personen mit starker medialer Präsenz bzw. hoher Reichweite in sozialen  
17 Netzwerken zur Produktvermarktung vorgenommen wird.

18 Auf diesem Weg erreichen die Unternehmen vor allem junge Menschen und auch Kinder. Diese  
19 werden dadurch stark in ihrem Kaufverhalten beeinflusst, ohne dass ihnen ersichtlich ist, dass sie  
20 gerade Werbung für bestimmte Produkte gezeigt bekommen.

21 Außerdem funktionieren die in der Praxis angewandten Kennzeichnungen der Fotos und Videos als  
22 Werbung häufig nicht. Kennzeichnungen sind für die Konsument\_innen oftmals nicht eindeutig  
23 erkennbar. Der Spielraum und die Grauzone zur verbotenen Schleichwerbung ist damit weit offen.

24 Wir fordern daher eine gesetzliche Neuregelung von Werbung, die auf das neue Umfeld im 21.  
25 Jahrhundert angepasst ist. Dies ist notwendig, um einen wirksamen Verbraucherschutz zu erreichen,  
26 der Medienkonsument\_innen vor zu großer Beeinflussung in ihrem Kaufverhalten schützt.

1 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, Juso LaKo, Juso BuKo

## 2 **Upskirting ist eine Straftat!**

3

---

4 Wir fordern, dass das sogenannte "Upskirting" als Sexualdelikt im Strafgesetzbuch aufgenommen  
5 wird.

6 Begriff:

7 Upskirting bezeichnet das heimliche Fotografieren zumeist fremder Frauen unterhalb ihrer Röcke.  
8 Tatorte sind insbesondere Treppen, Rolltreppen oder ähnliche Anhöhen. Die Bildaufnahmen werden  
9 mit Smartphones oder Kleinstkameras gemacht. Sie erfolgen so schnell, dass die Betroffenen meist  
10 nichts davon mitbekommen. Es haben sich so ganze "Upskirting-Communities" gebildet, die nicht nur  
11 Bilder, sondern auch Techniken zum heimlichen Fotografieren austauschen.

12 Begründung:

13 Das Upskirting stellt nicht nur eine Verletzung der Selbstbestimmung über das eigene Bild, sondern  
14 auch einen massiven Eingriff in die Privatsphäre der betroffenen Personen dar. Dieser Tatbestand  
15 wird nach aktueller Rechtslage allerdings nicht grundsätzlich als Straftat gewertet, sondern kann  
16 auch nur als Ordnungswidrigkeit behandelt werden. Begründung hierfür sei, dass die heimliche  
17 Bildaufnahme keine öffentliche Bloßstellung darstelle. Eine Verbreitung der Bilder, die wiederum  
18 strafbar wäre, findet dennoch statt. Insgesamt ist die aktuelle rechtliche Be-handlung von Upskirting  
19 zu schwammig und uneindeutig.

20 Für uns ist klar, dass Upskirting eine Straftat darstellen sollte. Hierfür darf nicht erst eine Verbreitung  
21 der Bilder notwendig sein. Es stellt einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Privatsphäre der Opfer  
22 dar und muss konsequent verfolgt werden. Der erste Schritt hierzu muss ein eindeutiges Verbot und  
23 die Aufnahme des Upskirting als Sexualdelikt ins Strafrecht sein.

1 AdressatInnen: SPD-BPT, -LPT, -BPT, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-LaKo, Juso-Bundeskonferenzen

## 2 **Mehr Elektromobilität jetzt!**

3

---

4 Der deutsche Bundesrat hat schon letztes Jahr beschlossen, dass ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder  
5 Dieselmotoren mehr neu zugelassen werden sollen. Sowohl SPD- als auch unionsregierte Länder  
6 befürworteten ein entsprechendes Verbot von Verbrennungsmotoren. Es wird Zeit, dass auch der  
7 Bundestag diesem Beschluss folgt.

8 Wir wollen, dass ab dem Jahr 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen zugelassen werden. Die Entwicklung  
9 in der Elektromobilität läuft langsamer als erhofft. Ein Wechsel hin zu neuen Mobilitätskonzepten und  
10 einer neuen Umweltpolitik ist dringend notwendig, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Wir  
11 müssen schnell handeln, und sollten Vorreiter für die ökologische Modernisierung werden, dafür muss  
12 man jetzt die Rahmenbedingungen setzen. Die Nachfrage nach neuen Elektroautos wächst.

13 Wir fordern deswegen, dass ab dem Jahr 2030 keine Autos mit Benzin oder Dieselmotoren neu  
14 zugelassen werden.

1 AdressatInnen: Juso Landeskongress, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD  
2 Bundesparteitag

### 3 **Schutzstreifen für Gewässer**

4

---

5 Viele unsere Bäche und Seen sind umgeben von landwirtschaftlich genutzter Fläche. Dies stellt für die  
6 Grundwasserqualität sowie für das Wasser in unseren Bächen und Seen ein großes ökologisches  
7 Problem dar. Aber auch für die Gesundheit der Menschen ist die Überschreitung der Grenzwerte für  
8 Schadstoffe im Wasser gefährlich. Die Landwirte und Landwirtinnen sind bestrebt, ihre vorhandenen  
9 Flächen maximal zu bewirtschaften, was zur Folge hat, dass oft bis direkt an das Ufer Nutzpflanzen  
10 angebaut und gedüngt werden. Wie aktuelle Studien belegen, kommen deutschlandweit ca. die Hälfte  
11 des Stickstoffs und mehr als die Hälfte des Phosphors in den Gewässern aus der Landwirtschaft. Das  
12 muss sich ändern. Wir fordern daher einen Schutzstreifen für unsere Gewässer, der die  
13 landwirtschaftliche Nutzung und das Düngen von Pflanzen in unmittelbarer Nähe unseren Gewässern  
14 unterbindet. Die konkrete Zahl für die Breite des Schutzstreifens soll in Abstimmung mit dem  
15 Wasserwirtschaftsamt, dem Landesfischereiverband sowie dem Umweltministerium erarbeitet  
16 werden.



1 AdressatInnen: Juso Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag

## 2 **Wir sind Teil der Wolf-gang**

3

4 Wir fordern ein klares Signal der Politik für die Rückkehr des Wolfes nach Bayern und dessen verbleib.

5 Dem Wolf kommt eine relevante Bedeutung für das Ökosystem Wald zu und nicht nur deshalb steht  
6 er unter besonderem Schutz. Die „Wolfspassage“ im Koalitionsvertrag, steht im Gegensatz zu den  
7 Forderungen von Umweltverbänden und uns. Deshalb wünschen wir deren „Entnahme“. Die  
8 Überprüfung – vielmehr die Aufweichung- dieses Schutzstatus ist nicht nur unnötig, sondern zeichnet  
9 in der Öffentlichkeit ein falsches Bild dieser von Natur aus seltenen und sich selbst regulierenden  
10 Tierart.

11 Wir schließen uns der Forderung des BN, nach einem Förderprogramm zur strukturellen Anpassung  
12 der bisherigen Beweidungsformen an. Mögliche Herdenschutzmaßnahmen (Zäune,  
13 Herdenschutzhunde usw.), wie sie bereits in anderen Bundesländern existieren, würde die Tötung von  
14 Wölfen gänzlich hinfällig machen. Jedoch ist bereits heute die „Entnahme“ von „Problemwölfen“  
15 rechtlich möglich. Die Möglichkeit eines Förderprogramms für Nutztierhalter\_innen in Form eines  
16 „Biodiversitäts-Bonus“ erscheint uns sinnvoll.

17 Außerdem ist der Stat/die jeweilige Landesregierung in der Pflicht eine bessere Öffentlichkeitsarbeit  
18 zu leisten und nicht das Märchen vom „bösen“ Wolf und das „Rotkäppchensyndrom“ zu nähren. Eine  
19 klare Aufklärungsarbeit und Kommunikation in der Politik ist hierbei erforderlich.

20

21 *„Rechtlicher Status des Wolfes - Auszug:*

22 *Der Wolf (Canis lupus) wie auch ein Wolfshybride (Wolfs/Hundmischling) gehört nicht zu den jagdbaren*  
23 *Tieren.*

24 *Er unterliegt u.a. auch:*

25 *-dem Tierschutzrecht*

26 *Gemäß §1 und § 17 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) darf niemand einem Tier ohne vernünftigen*  
27 *Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Der Tierschutz ist im Grundgesetz in der*  
28 *Staatszielbestimmung des Art. 20a verankert.*

29 *-dem Artenschutzrecht*

30 *Der Wolf ist in Anhang A der EG-VO Nr. 338/97, sowie im Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-*  
31 *Richtlinie) aufgeführt. Er ist deshalb nach § 10 Abs. 2, Nr. 10 und Nr. 11 Bundesnaturschutzgesetz*  
32 *(BNatSchG) besonders und streng geschützt.“*